

Antragsteller(in) mit Name:

Geschäftsanschrift :

Privatanschrift :

An das Amtsgericht (Insolvenzgericht)
Offenburg

Eigenantrag natürlicher Personen auf Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens (§ 13 Abs. 1 InsO)

I. Eröffnungsantrag

Ich stelle den Antrag, über mein Vermögen das Insolvenzverfahren zu eröffnen. Ich kann meine fälligen und im nächsten Monat fällig werdenden Zahlungspflichten nicht erfüllen.

Es finden die Vorschriften des Regelinsolvenzverfahrens Anwendung, da ich kein Verbraucher im Sinne des § 304 InsO bin. Dies ergibt sich aus Folgendem :

- Ich gehe derzeit einer selbständigen Tätigkeit nach.
- Ich war früher selbständig tätig (bis zum) und es bestehen Forderungen gegen mich aus früheren Arbeitsverhältnissen (Lohnrückstände, arbeitnehmerbezogene Beitragsrückstände an Sozialabgaben an die Versicherungsträger, arbeitnehmerbezogene Steuerrückstände z.B. Lohnsteuer, jeweils für meine früheren Arbeitnehmer).
- Ich war früher selbständig tätig (bis zum) und habe insgesamt mehr als 19 Gläubiger.
- Ich bin an einer Gesellschaft mit mehr als 50 % der Anteile beteiligt und dort auch Geschäftsführer bzw. Vorstand. Diese Gesellschaft ist / war wirtschaftlich tätig, es handelt sich um die :

HRB Nr. :

Amtsgericht :

II. Erklärung zur Restschuldbefreiung

- Ich stelle den **Antrag** auf Erteilung von Restschuldbefreiung (§ 287 InsO). Die Abtretungserklärung nach § 287 InsO sowie die Erklärung gemäß § 287 Abs. 1 S. 3 einschließlich der Versicherung gemäß § 287 Abs. 1 S. 4 InsO sind beigefügt.
- Restschuldbefreiung soll **nicht beantragt** werden.

Hinsichtlich der weiteren Angaben wird Bezug genommen auf den beigefügten und ausgefüllten Anhörungsfragebogen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage zum Restschuldbefreiungsantrag des / der _____

Abtretungserklärung nach § 287 Absatz 2 InsO

- Die Anlage ist nur einzureichen, wenn auf dem Hauptblatt Restschuldbefreiung beantragt worden ist -

**Abtretungs-
erklärung**

**Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO
(lesen Sie hierzu die Erläuterungen auf der nächsten Seite)**

Für den Fall der gerichtlichen Zulassung der Restschuldbefreiung trete ich meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von 6 Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.

Erklärung nach § 287 Abs. 1 S. 3 und 4 InsO

Ich erkläre, dass kein Fall des § 287a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 oder 2 InsO vorliegt.

- Mir ist in den letzten zehn Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag die Restschuldbefreiung nicht erteilt worden.
- Mir ist in den letzten fünf Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag die Restschuldbefreiung nicht gemäß § 297 InsO wegen der rechtskräftigen Verurteilung wegen einer Insolvenzstraftat nach den §§ 283 bis 283c StGB zu einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten in dem Zeitraum zwischen Schlusstermin und Aufhebung des Insolvenzverfahrens oder in dem Zeitraum zwischen Beendigung des Insolvenzverfahrens und dem Ende der Abtretungsfrist versagt worden.
- Mir ist den letzten drei Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder nach diesem Antrag die Restschuldbefreiung nicht gemäß § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6 oder 7 InsO, § 296 InsO oder gemäß § 297a InsO wegen eines nachträglich bekannt gewordenen Versagungsgrundes gemäß § 290 Abs. 1 Nr. 5, 6 oder 7 InsO versagt worden.

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit dieser Angaben

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

**Erläuterungen
zur Abtretungs-
erklärung**

Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:

- jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeits- und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,
- Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,
- Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,
- Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,
- Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,
- alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.

Soweit Sie nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausüben, sind Sie verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung die Insolvenzgläubiger durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie ein angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 Abs. 2 InsO).

Vor Aufhebung des Insolvenzverfahrens gilt dies entsprechend, wenn der Insolvenzverwalter Vermögen aus der selbständigen Tätigkeit aus der Insolvenzmasse freigegeben hat (§ 35 Absatz 2 InsO).

Antrag auf Stundung der Verfahrenskosten des / der	Vorname und Name
	Straße und Hausnummer
	Postleitzahl und Ort
	Telefon tagsüber
	Verfahrensbevollmächtigte(r)

An das
 Amtsgericht
 - Insolvenzgericht -
 Offenburg

Aktenzeichen :
 (soweit bereits bekannt)

Ich beantrage, mir die Kosten des gesamten Insolvenzverfahrens einschließlich des Restschuldbefreiungsverfahrens zu stunden.

I. Erklärung

- Ich habe Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt, siehe Antrag vom :
- Ich wurde in den letzten fünf Jahren nicht wegen einer Straftat nach den §§ 283 bis 283 c StGB, also wegen Bankrotts, besonders schweren Bankrotts, Verletzung der Buchführungspflicht oder Gläubigerbegünstigung zu einer *Geldstrafe* von mehr als 90 Tagessätzen oder einer *Freiheitsstrafe* von mehr als drei Monaten rechtskräftig *verurteilt*.

Die Verfahrenskosten können aus meinem Vermögen nicht erbracht werden, siehe Unterlagen zum Insolvenzantrag.

Die Verfahrenskosten können von einer dritten Person / Stelle erbracht werden:

- nein
- in voller Höhe
- teilweise, und zwar in Höhe von €

II. Zusatzklärung für verheiratete Schuldner/innen

(bei eingetragenen Lebenspartnern gilt die Regelung entsprechend - § 5 LPartG)

Nach dem Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 24.07.2003 – IX ZB 539/02 – ist die Stundung der Verfahrenskosten und deren vorläufige Übernahme durch die Staatskasse abzulehnen, wenn der/die Schuldner/in einen Anspruch auf Kostenvorschuss gegen seinen Ehegatten gemäß § 1360a Abs. 4 BGB für die Kosten des Insolvenzverfahrens hat. Dieser Anspruch gegen den Ehegatten setzt voraus, dass es sich bei dem Verfahren um eine persönliche Angelegenheit des Schuldners handelt und der Ehegatte die Kosten nach Billigkeit übernehmen kann.

Um dies prüfen zu können, sind bei verheirateten (auch bei getrennt lebenden) Schuldner/Schuldnerinnen zusätzliche Angaben zu machen.

Soweit die nachfolgenden Fragen mit ja beantwortet werden, wird gebeten, aussagekräftige Unterlagen sowie jeweils tabellarische Übersichten beizulegen. Ansonsten ist mit Nachfragen seitens des Gerichts zu rechnen, die zu einer vermeidbaren Verfahrensverzögerung führen.

Falls keine ausreichenden Angaben gemacht werden, ist mit einer Ablehnung des Antrages auf Verfahrenskostenstundung und des Insolvenzantrages samt Restschuldbefreiung mangels Masse zu rechnen

Zeitpunkt der Eheschließung	
gegebenenfalls Zeitpunkt der Trennung	
Monatliches Nettoeinkommen des Ehegatten	€
Vermögen des Ehegatten	€
Regelmäßige monatliche Zahlungsverpflichtungen des Ehegatten	€

Meine Schulden beruhen ganz
 teilweise - Gläubigerliste des Insolvenzantrages dort
Nr.
 nicht

auf Schulden, die während der Ehe und zum Aufbau oder zur Erhaltung einer wirtschaftlichen Existenz der Eheleute eingegangen wurden oder aus sonstigen Gründen mit der gemeinsamen Lebensführung in Zusammenhang stehen (ggf. auf gesondertem Blatt näher erläutern).

III. Versicherung

Ich versichere hiermit, dass meine Angaben vollständig und wahr sind.

Mir ist bekannt, dass bei vorsätzlich oder grob fahrlässig unvollständigen oder falschen Angaben die Stundung aufgehoben werden kann.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anhörungsfragebogen des Amtsgerichts Offenburg

Az:

Personalbogen: Angaben zur Person

Name	Akademischer Grad	<input type="checkbox"/> männlich	<input type="checkbox"/> weiblich
Vorname(n) (Rufnamen unterstreichen) _____			
Geburtsname	früherer Name		
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift Straße		Hausnummer	
Postleitzahl	Ort		
Telefon (privat)		Mobil	
Telefax		E-Mail	

Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig	<input type="checkbox"/> verheiratet seit _____	<input type="checkbox"/> eingetragene Partnerschaft begründet seit _____ <input type="checkbox"/> beendet seit _____	<input type="checkbox"/> geschieden seit _____	<input type="checkbox"/> getrennt lebend seit _____	<input type="checkbox"/> verwitwet seit _____

Unterhalts- berechtigte Personen	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, Anzahl: _____ , davon minderjährig: _____
---	-------------------------------	--

Beteiligung am Erwerbsleben	Erlerner Beruf :	
	<input type="checkbox"/> zur Zeit selbständig tätig als :	
	In diesem Fall ist auch noch die <u>Anlage zur selbständigen Tätigkeit</u> auszufüllen!	
	<input type="checkbox"/> ehemals selbständig als: _____ bis _____	
<input type="checkbox"/> zurzeit unselbständig beschäftigt als	<input type="checkbox"/> zurzeit keine Beteiligung am Erwerbsleben, weil	
<input type="checkbox"/> Arbeiter(in)	<input type="checkbox"/> Rentner(in)/Pensionär(in) seit _____	
<input type="checkbox"/> Angestellte(r)	<input type="checkbox"/> arbeitslos, seit _____	
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Schüler(in) / Student(in) bis _____	
<input type="checkbox"/> Aushilfe	<input type="checkbox"/> Hausmann/Hausfrau	
<input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar: _____	<input type="checkbox"/> Sonstiges, und zwar: _____	

Vermögensverzeichnis (Verzeichnis des vorhandenen Vermögens und des Einkommens)

Sämtliche Angaben beziehen sich auch auf Vermögen im Ausland!

Wichtig: Sofern Sie zu einzelnen Fragen keine Angaben machen können, z.B. weil Sie kein Konto unterhalten, machen Sie das bitte durch entsprechende Streichungen im Formular kenntlich.

1. Konten, Sparkonten, Spar- und Bausparverträge, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, sonstige Spareinlagen

	Stichtag	Kontostand in EUR

2. Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge

Bescheidene Lebensführung übersteigende **Hausrats**gegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z.B. Kameras, Waffen, Sportgeräte, optische Geräte u.ä.)

2.1. <i>Hausrat, sonstiges Mobiliar oder Wertgegenstände</i>	Wert in EUR

2.2. Kraftfahrzeuge (Bitte Typ/Fabrikat, Kennzeichen, Baujahr, und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben)	Wert in EUR

3. Forderungen (z.B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

3.1. Forderungen aus Versicherungsverträgen <i>Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. Beitragsersatzung, ggfs. Rückkaufwert, Name des Begünstigten</i> z.B. Kapital- und Lebensversicherungen, private Rentenversicherungen, rückständiges Arbeitseinkommen	Wert in EUR

3.2. Steuererstattungsansprüche	Wert in EUR
Finanzamt	

Steuernummer	Die Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für Kalenderjahr
3.3. Sonstige Zahlungsansprüche, z.B. aus Schadensfällen , aus noch nicht erfüllten Verträgen oder Ihre Forderungen gegenüber Dritten aus früherer Geschäftstätigkeit) <i>Name / Firma, vollständige Anschrift des Schuldners Art des Zahlungsanspruchs (genaue Bezeichnung des Rechtsgrunds; ggf. Angaben zur Einbringlichkeit der Forderung)</i>	Wert in EUR
3.4. Rechte und Ansprüche aus Erbfällen <i>(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z.B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft etc.)</i>	Wert in EUR

4. Grundstücke,				
<i>Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken (auch im Ausland!)</i>				
4.1.	<i>Genaue Bezeichnung des Grundvermögens</i> (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)			
lfd. Nr.	Lage des Objektes (Straße, Ort), Nutzungsart	Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)	Eigen- tums- anteil	Verkehrswert in EUR (ca.)
	Eigentum an Grundstücken oder Eigentumswohnungen			
	Erbbaurechte			
	Grunddienstbarkeiten, Nießbrauchsrechte			
	Sonstige im Grundbuch eingetragene Rechte			

4.2. <i>Belastungen dieses Grundvermögens (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüge beifügen)</i>				
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastung (z.B. Grundschuld oder Hypothek)	Grundbucheintragung in a) Abteilung b) lfd. Nr	Name des Gläubigers	Wert der derzeitigen Belastung in EUR
4.3. <i>Ist die Zwangsversteigerung oder –verwaltung dieses Grundstückes angeordnet?</i>				
lfd. Nr. zu 1.	Zwangsversteigerung	Zwangsverwaltung	Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)	
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

5. Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)

5.1. Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (AG, GmbH, KGaA) – <i>evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –</i>				
lfd. Nr.	a) Beteiligungsform b) Name und Anschrift der Gesellschaft c) WKN, Depot-Nr. und -bank bzw. Registergericht mit HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
5.2. Beteiligung an Personengesellschaften (OHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, EWIV u.ä.) – <i>evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Gesellschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA-Nr. c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR
5.3. Beteiligungsform als stiller Gesellschafter – <i>evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –</i>				
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift des Unternehmens b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA / HRB – Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR

5.4.	Beteiligungen an Genossenschaften (auch Anteile von Genossenschaftsbanken, Spar- und Darlehnskassen) – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –		
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter Nr.	Geschäftsguthaben in EUR	Fällige Gewinnansprüche in EUR

6. Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen		
6.1.	Immaterielle Vermögensgegenstände z.B. Urheber-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte	Wert in EUR
	Genauere Bezeichnung und – soweit registriert - Angabe der Registerbehörde (z.B. Deutsches oder Europäisches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u.ä.	
6.2.	Sonstiges Vermögen	Wert in EUR

7. Laufendes Einkommen					
I. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit und sonstigen Dienstverhältnissen					
Berufliche Tätigkeit (Aufgabenbereich)	Berufliche Tätigkeit				
Genauer Name (Firma) und Anschrift des Arbeitgebers oder der sonstigen auszahlenden Stelle	Name / Firma				
	Straße			Hausnummer	
	PLZ		Ort		
	Personal-Nr. o.ä. :				
1. Arbeitseinkommen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Betrag monatlich netto in EUR	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Auszahlungsbetrag in EUR
II. Einkünfte im Rahmen des Ruhestands					
			Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Auszahlungsbetrag in EUR	
1. Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:			

2. Versorgungsbezüge	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
3. Betriebsrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
5. Renten aus privaten Versicherungs- oder Sparverträgen	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Vertrags-Nr.:		

III. Zahlungen von unterhaltspflichtigen Personen (Zahlungen die Sie erhalten)

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Name, vollständige Anschrift der unterhaltspflichtigen Person(en)	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Zahlungsbetrag in EUR

IV. Leistungen aus öffentlichen Kassen

			Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatlicher Zahlungsbetrag in EUR
2. Arbeitslosenhilfe	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
3. Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
4. Sozialhilfe	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
5. Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
6. Unterhaltsgeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
7. Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
8. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
9. Hinterbliebenen-, Unfall-, Kriegsofferrenten	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		

V. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Bezeichnung des Miet- oder Pachtobjekts; Name und Anschrift der Mieter oder Pächter	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

VI. Zinseinkünfte und sonstige laufende Einkünfte

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	genaue Bezeichnung der Einkunftsart; Name und Anschrift der zahlungspflichtigen Person oder Stelle	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		

8. Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen (§§ 132,133,134 InsO)

8.1. Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen (Schenkungen)

Ich habe in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgende Geldbeträge, Forderungen oder Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Geschenke von geringem Wert sind nicht anzugeben):

lfd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in EUR

8.2. Entgeltliche Veräußerung von Vermögensgegenständen an nahestehende Personen

Ich habe in den letzten 2 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens folgender nahestehenden Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderungen) entgeltlich veräußert:

lfd. Nr.	Name der nahestehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in EUR
	<input type="checkbox"/> Ehegatte oder Lebenspartner (vor, während oder nach der Ehe oder Lebenspartnerschaft)			
	<input type="checkbox"/> Lebensgefährte oder andere Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben.			
	<input type="checkbox"/> Kinder oder Enkelkinder			
	<input type="checkbox"/> meine oder meines Ehegatten Eltern, Großeltern, Geschwister und Halbgeschwister			
	<input type="checkbox"/> Ehegatten der zuvor genannten Personen			

9. Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

9.1. Eigentumsvorbehalte, Sicherungsübereignungen					
lfd. Nr.	Gegenstand	Datum des Vertrags	Name und Anschrift des Verkäufers bzw. Sicherungsnehmers	Restschuld (ca.) in EUR	

9.2. Lohnabtretungen, Sicherungsabtretungen						
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung (z.B.: Lohn/Gehalt bei Fa. ..., Ansprüche aus Lebensversicherung ...)	Abtretung ist offengelegt	pfändbarer Teil wird abgeführt	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Lohn- bzw. Sicherungsabtretungsgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			

9.3. Freiwillige Verpfändungen				
lfd. Nr.	Verpfändeter Gegenstand bzw. verpfändete Forderung	Datum der Verpfändung	Name und Anschrift des Pfandgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR

9.4. Zwangsvollstreckungen und Pfändungen				
lfd. Nr.	Gegenstand u. Datum der Zwangsvollstreckung / Pfändung (mit Angabe von Gerichtsvollzieher und DR-Nr. des Pfändungsprotokolls bzw. von Gericht und Aktenzeichen des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses)	Datum der Pfändungsmaßnahme	Name und Anschrift des Gläubigers	Restschuld (ca.) in EUR

Räumen Sie die Zahlungsunfähigkeit ein?	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein (Bitte in einer Anlage näher begründen)
Sind die Zahlungen eingestellt worden?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar am :

Wie hoch sind zur Zeit die gesamten bestehenden Schulden (Verbindlichkeiten)?	Euro
Dem Antrag ist ein Verzeichnis der Gläubiger und ihrer Forderungen beigelegt.	

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben einschließlich der Angaben in dem anliegenden Gläubigerverzeichnis.

Nach dem Gesetz sind der Schuldner und seine organschaftlichen Vertreter verpflichtet, dem Insolvenzgericht über alle das Verfahren betreffenden Verhältnisse richtig und vollständig Auskunft zu erteilen. Im Verfahrensabchnitt nach Stellung des Eröffnungsantrags gilt dies besonders für Umstände, die zur Feststellung und vorläufigen Sicherung der Masse und für die Entscheidung über die Eröffnung des eigentlichen Insolvenzverfahrens erforderlich sind (§§ 20, 97, 98, 101 InsO). Dabei sind auch Tatsachen zu offenbaren, die geeignet sind, eine Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit herbeizuführen; solche Auskünfte dürfen außerhalb des Insolvenzverfahrens allerdings nur mit Einschränkungen verwertet werden (§§ 20, 97 Abs. 1 Satz 2, 3 InsO).

Ich versichere an Eides Statt, dass ich die Auskünfte in diesem Antrag und in den beigelegten Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig erteilt habe. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können.

Soweit es für die Zwecke des vorliegenden Verfahrens erforderlich ist, befreie ich alle Personen und Stellen, die aufgrund ihrer amtlichen oder beruflichen Stellung Auskunft über die schuldnerischen Vermögensverhältnisse geben können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber dem Insolvenzgericht und einem von ihm bestellten Sachverständigen oder vorläufigen Insolvenzverwalter. Dies gilt insbesondere für Banken und Sparkassen, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, Rechtsanwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

Anlage 1

zum Eröffnungsantrag des/der _____ vom _____

Vereinfachtes Gläubiger- und Forderungsverzeichnis (Verzeichnis der Gläubiger und ihrer gegen den Schuldner gerichteten Forderungen)

Nr.	Name/Kurzbezeichnung und Anschrift des Gläubigers	Forderungsgrund	Hauptforderung in EUR	Zinsen		Kosten	Forderung tituiert	Forderung durch Sonderrechte gesichert	Summe aller Hauptforderungen des Gläubigers in EUR
				Höhe in EUR	berechnet bis zum				
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		
							<input type="checkbox"/>		

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Gläubigerverzeichnis enthaltenen Angaben. Mit ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können.

_____ (Ort, Datum)

_____ (Unterschrift)